

Hallo Herr Moosmann,  
Warum ist das noch nicht auf  
ihrer HP!?



LANDRATSAMT  
WALDSHUT

#### Rundschreiben

Filz und Vetternwirtschaft = Kapitulation des Rechtsstaats  
am Beispiel [www.rickenbach.de](http://www.rickenbach.de) / [www.norbert-moosmann.de/](http://www.norbert-moosmann.de/)  
<http://www.suedkurier.de/Moosmann>

#### Worum geht's?

Aufschrei gegen Rechtsbeugung und Verarsche des Bürgers! Waren schockiert als wir erfahren haben, dass auch das Wiederaufnahmegesuch des Ex-Bürgermeisters von Rickenbach abgeschmettert wurde. Wir sind keine Fürsprecher von Moosmann. Es geht um grundsätzliches! Einige wollten ihn weghaben. Dazu war jedes Mittel recht. Wir wissen, er hat die Tat im Juli 2011 nicht begangen. Wir wissen, wer sie begangen hat! Haben es mitgeteilt und es wird totgeschwiegen. Seine Verurteilung stand fest. Sie war ja das Ziel der ganzen Aktion. Die Ermittlungen wurden entsprechend geführt. Zwei Beispiele:

- Nachbarschaftsbefragung fand in sehr eingeschränktem Umfang statt. „Hinter“ dem Rathaus wurde bewusst nicht gefragt. Die Besucher des Kiosk/Imbiss Hirschgarten haben wahrscheinlich den / die Täter gesehen. Einem Hinweis von jemand von uns dort nach Zeugen zu suchen wurde nicht nachgegangen. Eine Funkzellenabfrage (welche Handys waren zur Tatzeit beim Rathaus eingebucht?) wurde bewusst unterlassen. Hat sich mal jemand gefragt, warum das Kamerabild des Fahrzeugs und der Person nicht sofort veröffentlicht und nach dem Fahrer und / oder Zeugen gesucht wurde?
- Das Gutachten des Psychiaters bei der Gerichtsverhandlung ging den Ränkeschmiedern brutal gegen den Strich. Der Betrugsvorwurf musste fallen gelassen werden. Als der Advokat vom Bürgermeister im Plädoyer auch noch das Motiv zerstört hat, wurde in der Verhandlungspause hektisch telefoniert. Scheifele eilte zum Gericht. Er hat mit dem Richter ein neues Motiv gesucht und das Strafmaß festgesetzt. Verurteilung war zwingend um BM zur Kapitulation zu bringen oder aus Dienst entfernen zu können.

#### Wer sind wir?

Einige Einheimische, Mitarbeiter von Behörden und der Polizei im Landkreis die dazu beitragen wollen, dass der Rechtsstaat funktioniert. Öffentlich uns zu zeigen, würde unser gesellschaftlicher und beruflicher Ruin bedeuten: unbekannte „Nestbeschmutzer“ und „Maulwürfe“ sind wir schon.

#### Was haben wir gemacht?

Viele persönliche Aufzeichnungen und Notizen geführt warum wir es jetzt auch noch alles gut rekapitulieren können. Unser Vorbringen bei den Vorgesetzten wurde abgetan, Maulkorb verhängt. Nachdem die internen Interventionen nix gebracht haben, hat eine von uns im Sommer 2014 Kontakt

mit einem Strafverteidiger aufgenommen und den tatsächlichen Ablauf geschildert. Die Rechnung für seine Arbeit haben wir geteilt.

Hin und wieder die Gerichte mit Informationen versorgt in der Erwartung, dass die Ränkespiele erkannt und korrigiert werden. Haben damit gerechnet, dass über den Strafverteidiger versucht wird mit uns Kontakt aufzunehmen. Haben uns geirrt. Haben die Presse informiert, die jedoch nur Hofberichterstatter = gleichgeschaltet = ist.

**Unsere Erwartung!!!**

Wir sind empört, was alles möglich ist! Gewaltenteilung und der Rechtsstaat müssen funktionieren! Diese Verfilzung von Landratsamt-Polizei-Justiz-Presse kann allen Schaden. Wer ist der Nächste? Freiheitlich demokratische Grundordnung muss geschützt werden!

Unseren Schilderungen beim Anwalt muss nachgegangen werden! Man wird sehen, dass unsere Angaben glaubhaft sind. Es kann nicht sein, dass das Landratsamt die Staatsanwaltschaft dazu bringt ein Ermittlungsverfahren einzuleiten. Den Zeugen die extra zum Anwalt gehen und in Wahrheit investieren jedoch nicht geglaubt wird. Wir fühlen uns auch als Bürger nicht ernst genommen!

Die Gerichte müssen unabhängig und kritisch prüfen! Nach Gesetz entscheiden. Nicht Wünsche einzelner erfüllen.

Das Verfahren muss neu aufgerollt werden!

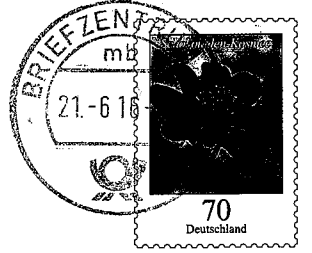
Es wird sonst kein Rechtsfriede einkehren!

Die Verwaltungs-Täter werden weitermachen. Deren Selbstherrlichkeit und Ungleichbehandlung (Willkürherrschaft) geht auf den Sack. Das darf im Rechtsstaat nicht sein!

Den / die wahren Täter zu ermitteln wird man wahrscheinlich nicht wollen. Zur Selbstreinigung braucht es – auch für die Bürger von Rickenbach – Gewissheit, was stimmt. Unser Wissen und unsere Darlegung beim Anwalt ist richtig und fundiert.

Wir sind vom Fach. Jede/r von uns kennt Fälle wo durch eine eigene Rechtsauslegung „seiner“ Behörden-Vertreter bestimmten unliebsamen Bürgern der Garaus gemacht werden soll. Der Fall des Ex-Bürgermeisters ist bestimmt ein besonders krasser. Gerade darum muss endlich die Reißleine gezogen werden. Das darfs in Deutschland nicht geben.

Demokraten gegen Endthebung!



Herbert Moosmann  
Belehrenstr. 5a  
79189 Bad Kreuzlingen

Norbert Moosmann  
Samstag, 25. Juni 2016

Liebe „Demokraten gegen Endthebung“,

Ihr Schreiben wurde mir in der 22. Kalenderwoche über meinen Rechtsbeistand Dr. Michael Heuchemer zugeleitet.

Ich habe es bislang nicht veröffentlicht, da es in mir gemischte Reaktionen hervorruft. Einerseits freue mich über die Unterstützung und den Zuspruch, wenngleich Ihre Ausführungen mich nach den Jahren nicht mehr überraschen, so doch nach wie vor erschrecken. Andererseits möchte ich mit meiner Homepage keine öffentliche Plattform für Personen bereitstellen, die sich „nur“ anonym melden und auch meinen Widersachern keine Nahrung bieten.

Offensichtlich nehmen Sie in Ihrem Schreiben jedoch Bezug auf die [Zeugenaussage](#), die bei einem Rechtsanwalt geleistet wurde und die selbstverständlich als einer von mehreren Punkten Eingang in meinen Wiederaufnahmeantrag gefunden hat. Deshalb habe ich mich nun doch entschlossen, Ihr Schreiben auf meiner Webseite einzustellen. Der Rechtsanwalt, dessen Name den Gerichten bekannt ist, hat sich von der „*Ernsthaftigkeit und Wahrhaftigkeit des Anliegens*“ überzeugt. **Diese Person hat angegeben, dass der Täter / die Täterin des Anschlags vom 3. Juli 2011 innerhalb des Landratsamtes Waldshut zu verorten ist. Diese Aussage sowie der Tatablauf wurden mit zahlreichen Fakten glaubhaft belegt.** Wenn dies zutreffend sein sollte, dann wäre dies ein ungeheuerlicher Vorgang. Es würde jedoch das [Verhalten](#) der verantwortlichen des Landratsamtes erklären. Schon allein deshalb, ist der behaupteten Aussage nachzugehen. Sie zu ignorieren bedeutet, schon allein die Möglichkeit, dass es anders als das Landgericht Waldshut festgestellt hat, nicht sein darf und meine Verurteilung unter allen Umständen gehalten werden muss.

Ich hatte am 22.06.2016 Ihr Schreiben in meinem Briefkasten und taggleich am Nachmittag die Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofs aus Mannheim, der sich ebenfalls auf die Fehlentscheidung des Landgerichts Waldshut stützt und die Aberkennung meines Ruhehaltes für Recht befunden hat. Sobald uns das schriftliche Urteil vorliegt, werde ich es mit meinem Anwalt prüfen und ggf. die weiteren Schritte besprechen.

Das jüngste Urteil des Verwaltungsgerichtshofs macht umso deutlicher, wie wichtig die Wiederaufnahme des gesamten Verfahrens ist. **Ich hoffe und vertraue darauf, dass das Wiederaufnahmerecht „kein totes Recht“ ist, sondern der Wille des Gesetzgebers Anwendung findet, wonach bei einer Anklage vor dem Landgericht nur eine Tatsacheninstanz besteht und gerade deshalb ein starkes Wiederaufnahmerecht mit überwindbaren (!) Hürden zur Seite gestellt sein muss.**

Es ist ehrlich und korrekt, wenn Sie schreiben, dass Sie „*keine Fürsprecher von Moosmann*“ sind, weil „*es um grundsätzliches*“ geht. Ich habe weder meine Wählerinnen und Wähler

belogen, noch eine Tat vorgetäuscht, für die ich verurteilt wurde. Sie wissen offenbar, wer die Tat begangen hat und können oder wollen dies aus nachvollziehbaren Gründen nicht öffentlich sagen. Offenbar sind Sie davon ausgegangen, dass mein Wiederaufnahmebegehren mit Ihrer Zeugenaussage bei dem o. g. Anwalt Erfolg hat und evtl. weiter Nachfragen über ihn an Sie gerichtet werden. Für diese Bereitschaft danke ich Ihnen und hoffe, dass das Gericht das Angebot zur Wahrheitsfindung eingeht.

Ich nehme Ihr Schreiben auch zum Anlass, darzulegen, welche [weitreichenden Konsequenzen das Urteil vom Landgericht Waldshut](#) hat, wenn es nicht korrigiert wird. Ich unterstelle wohlwollend selbst jenen, die sich bei jeder gerichtlichen Niederlage über die berichtet wird, die Hände reiben, dass ihnen die Tragweite unbekannt ist.

Ich danke Ihnen und allen, die versuchen mir auf vielfältigste Weise zu helfen und das „Gebäude des Fehlurteils mit Fakten zum Einsturz“ zu bringen.

**Wie ich seit März dieses Jahres weiß, hat sich eine Person aus Rickenbach namentlich – bereits 2012 vor der Verhandlung – als (Entlastungs-)Zeuge gemeldet und wurde „als nicht nötig bzw. nicht relevant“ abgewiesen. Deren schriftliche Aussage liegt dem Wiederaufnahmegericht ebenfalls vor, verbunden mit der erneuten Bereitschaft als Zeuge sachdienliche Angaben zu machen.**

**Im Vertrauen und der Hoffnung darauf, dass unsere fundierten Argumente Gehör finden** (bislang muss leider festgestellt werden, dass sie im Wesentlichen mit Formalien abgetan werden), oder mit Ihren Worten – dass „der Rechtsstaat funktioniert“ und seinen Namen verdient - verbleibe ich

mit freundlichen Grüßen

Norbert Moosmann

---

Die Sendung 37 Grad vom 10.05.2016 mit dem Titel „Ich war es nicht!“ hat anhand zweier Fälle exemplarisch dargelegt, wie schwer sich die Justiz in Deutschland tut, ein Urteil zu korrigieren. Die Sendung ist in der Mediathek abrufbar:

<http://www.zdf.de/ZDFmediathek#/beitrag/video/2725962/Ich-war-es-nicht>

*„Der Rechtsstaat funktioniert nur so gut, wie seine Protagonisten, die ihn leben müssen und die im Gerichtssaal tätig sind. Und wenn ich dann dort Vertreter des Rechtsstaats habe, die die Regeln des Rechtsstaats nicht einhalten, in gebührender Weise, dann kann der Rechtsstaat nicht mehr funktionieren. Und dann bleibt er auf der Strecke. Und genau das ist hier passiert.“* (Peter Witting, Rechtsanwalt in der ZDF – Sendung 37 Grad vom 10.05.2016)